

# Von welcher *Neutralität* reden wir? Rassistische Polizeigewalt und ihre Auswirkungen

## - die Erfahrungen eines Betroffenen in Göttingen

[CN: Es werden Gewalthandlungen beschrieben]

**Rassistische Polizeigewalt und willkürliche Kontrollen von Schwarzen Menschen und Menschen of Color sind in Deutschland und hier in Göttingen eine gängige und scharf zu verurteilende Praxis. Dennoch wissen die wenigsten wirklich, was das für Betroffene bedeutet geschweige denn was diese rassistischen - und meist völlig unbegründeten - Repressionen für weitreichende Auswirkungen auf das Leben der Betroffenen haben können.**

Exemplarisch wird im folgenden Text von R. (die Person möchte aus gegebener Situation anonym bleiben) berichtet, die seit mehreren Jahren in Göttingen lebt, arbeitet, in der Stadt ein soziales Netz und Familie hat. R. ist eine Schwarze Person. Er erlebte im Sommer 2022, nahe des Carré-Einkaufszentrums in Göttingen massive Polizeigewalt und muss nun um seinen Aufenthalt bangen. Die auf die Gewalt folgende Anklage ist die Konsequenz einer willkürlichen, haltlosen und vor allem falschen Anschuldigung durch eine Security-Person des Einkaufszentrums.

### **Sommer 2022: Polizeigewalt nach haltlosen Anschuldigungen**

Im Sommer 2022 ruft ein Security-Mitarbeiter die Polizei, nachdem er R. im Einkaufszentrum Carré "wiedererkannt" haben will: R. sei die Person, die 2021 im Einkaufszentrum eine Körperverletzung begangen haben soll. Doch die Beschuldigung hat keinerlei Basis, da R. sich zum vermeintlichen "Tatzeitpunkt" nachweislich in seiner Arbeitsschicht - weit weg vom Carré - befand.

Die Polizei kommt und fragt R. auf der Straße nach seinem Ausweis. R. ist nachvollziehbar irritiert und fragt mehrfach nach, warum er sich ausweisen soll. Die Polizist:innen verweigern ihm die Antwort. Auch sprechen die Polizist:innen ausschließlich deutsch mit R., trotz seiner Bitte, ins Englische zu wechseln.

Die Situation ist aufgeladen und es gibt eine zunehmende Anzahl an Beobachter:innen und Zeug:innen, mehrere Menschen machen Videos.

Die Polizei fragt immer und immer wieder nach dem Ausweis. R. wundert sich über diese für ihn aus dem Nichts kommende Kontrolle. Aus dem Gerichtsprozess, der später folgen wird, wissen wir, dass die zwei Streifenpolizist:innen bereits jetzt, wenige Minuten nach der ersten Aufforderung den Ausweis vorzuzeigen, Verstärkung und einen Wagen zum Abtransport auf die Polizeiwache rufen. Es ist noch nichts passiert, außer der unbegründeten Aufforderung an R., sich auszuweisen. Nach einiger Zeit zeigt R. die Papiere, die er bei sich hat vor, will sie den Polizist:innen aber nicht ohne Auskunft über den Grund der Kontrolle übergeben. Statt den Anlass der Kontrolle transparent zu machen, wird die Polizei gewalttätig. Zwei Polizist:innen fixieren R. und schreien die umstehenden Personen an. Sie drücken R. gegen eine Hauswand und zerren ihn schließlich auf die weiterhin befahrene Straße.

Zwei Polizist:innen, von denen eine:r ca. 1,90m groß ist, bringen R. mitten auf der Straße vor etwa 30 Zuschauer:innen zu Boden. Zu dritt fixieren sie ihn auf der Straße mit den Knien. Nach einer ganzen Weile wird R. gefesselt, hoch gezerrt und zu dem mittlerweile angekommenen Polizeiwagen gebracht. Immer noch erklärt keine der Polizist:innen, worum es geht.

R. wird in das Auto geschubst und, wie R. uns später erzählt, von einer Polizist:in (als er schon im Wagen sitzt und in Handschellen gelegt ist) in die Rippen geschlagen. Dass R. bei dieser gewaltvollen Verschleppung einen Schuh verliert, interessiert die Beamt:innen nicht im geringsten. R. wird einfach barfuß mitgenommen.

Zur Erinnerung: all das geschah als Folge einer falschen Anschuldigung! Die Tat, die die Personalienkontrolle rechtfertigen sollte, konnte R. nicht begangen haben, da er zum Tatzeitpunkt nachweislich auf der Arbeit war. Dennoch wird er in aller Öffentlichkeit, vor den Augen vieler Passant:innen, gewaltsam festgenommen, in Handschellen gelegt und auf die Wache genommen. Auf der Polizeiwache muss er sich für etwas rechtfertigen, das er nie begangen hat. Eine Eskalation einer Situation, deren brutale Polizeigewalt allein den Zweck einer unterdrückerischen, demütigenden und rassistischen Machtdemonstration erfüllt. Bei den Zuschauer:innen wird somit das Bild eines gefährlichen Kriminellen konstruiert.

### **Absurdes Theater: Doppelte Anklage und zermürbende Gerichtsprozesse**

Eigentlich hätte R. eine Entschuldigung und Entschädigung für die erlebte Gewalt, die falsche Beschuldigung und die öffentliche, demütigende Festnahme verdient. Doch stattdessen muss R. sich auf einmal in gleich zwei Gerichtsprozessen verteidigen: erst die falsche Anklage der Körperverletzung, die der Security-Mann 2021 beobachtet haben will und obendrauf beschuldigen ihn die Polizist:innen nun zusätzlich der Körperverletzung und des Widerstands im Rahmen der Personalienkontrolle.

Zunächst wird in einem ersten Verfahren schnell festgestellt, dass R. unschuldig ist: Er kann nicht die Person sein, die der Security-Mann erkannt haben will, da er zum Tatzeitpunkt auf der Arbeit gewesen ist. R. wird in der Anklage nach kürzester Zeit freigesprochen, das Urteil liegt bereits vor, als der zweite Prozess beginnt. Umso deutlicher wird hier, dass all die Polizeigewalt und das martialische Auftreten der Beamt:innen völlig haltlos war.

Der Ablauf des zweiten Prozesses macht schlichtweg fassungslos. Eigentlich gingen R. und sein Anwalt davon aus, dass die Chancen für einen Freispruch gut stünden. Schließlich konnte auf Videodokumentationen zurückgegriffen werden, die die Polizeigewalt bei der Personalienkontrolle ausführlich dokumentiert haben.

Was aber tatsächlich folgt, kann nur als ein absurdes, zynisches Theater bezeichnet werden. Der Prozess findet in vier Einzelterminen statt und dauert insgesamt mehr als 6 Stunden. In dieser Zeit spricht R.s Anwalt vielleicht 20 Minuten, R. selbst kommt überhaupt nicht zu Wort. Die gesamte restliche Zeit hören R., solidarische Beobachter:innen und Anwält:in den Polizist:innen der Reihe nach zu, wie sie eine komplett andere, erfundene Geschichte erzählen. Diese ist durchzogen von rassistischen Zuschreibungen, absurden Anschuldigungen und der Behauptung, Schuld an der Eskalation der Situation sei der "aufgebrachte unüberschaubare linke Mob", also die Zeug:innen der Situation. Auch R. wird pauschal als aggressiv und gewaltbereit bezeichnet, was weder von der Staatsanwaltschaft noch von der Richter:in hinterfragt wird. Auf Nachfrage der Verteidigung muss die anklagende Polizei dann einräumen, dass R. weder handgreiflich noch beleidigend geworden ist. Das gewaltsame Runterdrücken von R. durch drei Polizist:innen wird zum "unschönen Bodenkampf" verklärt, dass R. gestolpert ist, während er abgeführt wurde, wird als "Versuch, sich gewaltvoll loszureißen" interpretiert. Eine Polizist:in gibt zu, R. geschlagen zu haben, aber beschreibt dies als notwendige Maßnahme, um R. "ruhigzustellen". R. saß zu diesem Zeitpunkt allerdings schon in Handschellen im Polizeiauto. Zynisch wird hinzugefügt, es könne ja nicht weh getan haben, da R. nach dem Schlag gar nicht aufgeschrien habe.

## **Wut & Fassungslosigkeit: Aufenthaltserlaubnis in Gefahr nach hartem Urteil in erster Instanz**

Das Urteil ist niederschmetternd: R. wird schuldig gesprochen und zu 6 Monaten Haft auf Bewährung (für drei Jahre) und 80 Sozialstunden verurteilt.

Es ist absurd, wie hoch dieses Urteil ausfällt. Noch viel absurder, da R. vollkommen unschuldig ist. Er geht sofort in Berufung, das Verfahren steht noch aus.

Aber damit ist die Schikane immer noch nicht beendet: von dem Ausgang des Berufungsverfahrens wurde nun die Verlängerung von R.s. Aufenthaltserlaubnis abhängig gemacht!

Es darf nicht sein, dass das Recht auf ein gutes, würdevolles und vor allem sicheres Leben von willkürlichen Anschuldigungen, rassistischen Polizeibehandlungen und Gerichtsverfahren abhängt. Das Strafmaß hinterlässt pure Fassungslosigkeit und Wut und die Frage von welcher politischen Unabhängigkeit und Neutralität der Gerichte eigentlich immer die Rede ist.

Der Fall von R. ist ein Beispiel und steht exemplarisch für viele weitere solcher rassistischer Fälle. Es braucht dringend mehr kritische Prozessbeobachtung und vor allem die Veröffentlichung dieser Geschichten, um diese Ungerechtigkeit aus der Unsichtbarkeit zu holen. Es darf nicht akzeptiert werden, wenn Polizist:innen und Richter:innen sich im Deckmantel der "demokratischen Allparteilichkeit" tarnen, aber in der Realität nur die machtvolleren (hier Polizist:innen) gehört und ernst genommen werden. Es handelt sich hier um einen politischen Prozess, bei dem die Zusammenarbeit von Security, Staatsanwaltschaft, Polizei und Justiz gegen Schwarze Menschen deutlich wurde. Solche Prozesse und Verurteilungen beeinflussen gesellschaftliche Entwicklung und schüren nur noch mehr Rassismus. Immer wieder dominieren und beeinflussen zum größten Teil die Aspekte und Argumente der Behörden den Ausgang des Prozesses und nehmen Schwarze Menschen die Stimme.

So beschreibt auch R., dass ihm niemand geglaubt habe und wie erdrückend diese rassistische Behandlung und Ungerechtigkeit auf so vielen Ebenen für ihn sei. Viele Schwarze Menschen werden in Gerichtsprozessen kriminalisiert. Umso wichtiger ist es daher, eine große Solidaritätsbewegung und öffentliche Mobilisierung zu machen, solche Prozesse kritisch zu begleiten und gemeinsam der Kriminalisierung Schwarzer Menschen entgegenzutreten.

**Autor:innen des Artikels sind R. und Ak Asyl Göttingen.  
Dezember 2023**